



Nicht nur in den Townships fällt der Strom regelmässig aus, sondern auch im ganzen Land und in vielen Betrieben. M. RUETSCHI / KEY

Nasse Kohle brennt nicht

Die häufigen Stromausfälle in Südafrika haben mannigfache Gründe

In Südafrika wiederholt sich die Energiekrise von vor sechs Jahren. Stromunterbrüche sind an der Tagesordnung. Der Grund sind wochenlange Regenfälle und eine marode Produktions-Infrastruktur.

Claudia Bröll, Kapstadt

Zum ersten Mal seit der verheerenden Versorgungskrise von 2008 in Südafrika hat der Stromkonzern Eskom in dieser Woche einen Notstand ausgerufen, weil er nur noch 90% der Nachfrage decken kann. Stundenweise wurde am Donnerstag in wechselnden Regionen im ganzen Land der Strom abgeschaltet. Unternehmen mit hohem Energiebedarf erhielten seit Jahresbeginn schon viermal die Anordnung, ihren Verbrauch um mindestens 10% zu drosseln.

Dämpfer für die Wirtschaft

Zwar hat sich die Lage laut Eskom etwas stabilisiert. Auf seiner Website warnte der Versorger dennoch vor einem «hohen Risiko von Stromausfällen». Die Knappheit dämpft aus Sicht von Ökonomen das ohnehin schwache Wirtschaftswachstum. Der demnächst ausscheidende Eskom-Chef Brian Dames sagte, die Lage bleibe kritisch, bis mehr Kapazitäten zur Stromproduktion bereitstünden. Das ist frühestens Mitte des nächsten Jahres der Fall.

Venezuela erhält Milliarden aus China Erdöl-Gegengeschäft

(Reuters) · Venezuela hat sich einen weiteren Milliardenkredit aus China gesichert. China leihe dem lateinamerikanischen Land im Rahmen eines bestehenden Abkommens 5 Mrd. \$, teilte der Vizepräsident für Wirtschaft, Rafael Ramírez, am Freitag mit. Das Darlehen werde mit Erdöl und anderen Treibstoffen bezahlt.

Auch mit Russland stehe Venezuela derzeit in Verhandlungen. Über die Grössenordnung der hier verhandelten Gelder sagte Ramírez nichts. Unter der Führung des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez wurden die Kredite-gegen-Erdöl-Abkommen zur Stärkung der Staatsfinanzen massiv ausgeweitet. Zugleich erhöhte sich dadurch die Zahlungsfähigkeit des staatlichen Ölkonzerns PDVSA.

Die «load shedding» genannten Notprogramme sind Südafrikanern noch gut in Erinnerung. 2008 spitzte sich die Stromkrise so sehr zu, dass in den Bergwerken fünf Tage lang der Betrieb stillstand. Von Johannesburg bis Kapstadt horteten die Einwohner Kerzen, weil sie fast jeden Abend im Dunkeln sassen. Die Kosten für die Volkswirtschaft erreichten Milliardenhöhe.

Die Lage heute sei mit der Krise vor sechs Jahren vergleichbar, sagte der unabhängige Energiefachmann Chris Yelland auf Anfrage. Aber Eskom könne jetzt früher reagieren und einen Notstand ausrufen. Eigentlich wäre die Stromknappheit noch gravierender, wenn in den wichtigsten Platin-Bergwerken nicht wegen eines Arbeitskampfes schon seit Wochen der Betrieb stillstände.

Eskom verweist als Grund auf das Wetter. Eine Woche lang anhaltende heftige Regenfälle hätten die Kohlevorräte der Kraftwerke durchnässt, teilte Unternehmenssprecher Andrew Etzinger mit. «Es ist so schlimm wie seit Januar 2008 nicht mehr.» Ausserdem kommt es wegen Wartungsarbeiten an den in die Jahre gekommenen Kraftwerken immer wieder zu Betriebsunterbrechungen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Bloomberg stand in diesem Jahr fast ein Viertel der Kapazität von 42 500 Megawatt nicht zur Verfügung.

Südafrikas Konsumenten müssen heute dreimal so viel für den Strom bezahlen wie 2008. Das hat die Nachfrage gebremst. Nachdem jahrzehntelang

kaum in die Stromversorgung investiert worden ist, entstehen nun zwei riesige neue Kohlekraftwerke und ein Pumpspeicherkraftwerk. Doch die Fertigstellung verzögert sich immer wieder. Wenn Medupi, eines der neuen Kohlekraftwerke, wie geplant in Betrieb wäre, gäbe es die Engpässe heute nicht, sagt Yelland. Ein Teil von Medupi soll Ende dieses Jahres ans Netz gehen, drei Jahre später als vorgesehen.

Hehre Pläne

Bis anhin ist die Kohle der mit Abstand wichtigste Energieträger des Landes. Die Regierung setzt aber auch auf Solar- und Windenergie. In den kommenden 20 Jahren sollen sich die Kapazitäten zur Stromerzeugung verdoppeln, die Hälfte des zusätzlichen Stroms soll aus erneuerbaren Energiequellen, die andere Hälfte aus Kohle-, Wasser- und Kernkraftwerken stammen. Letztere sollen nach der jüngsten Rede an die Nation des Staatspräsidenten 9600 Megawatt Energie liefern, mehr als fünfmal so viel wie bisher.

Derzeit erwarten die Autofahrer in den Ballungszentren noch mehr Staus, weil die Ampeln ausfallen. Unternehmen treffen Vorkehrungen, um stundenweise ohne Handy-Empfang und E-Mails auskommen zu können. Befürchtungen, die Engpässe könnten sogar die Parlamentswahlen Anfang Mai beeinträchtigen, wies eine Regierungsvertreterin zurück. Bis dahin werde es sicher aufgehört haben zu regnen.

Streit über den Kapitalbedarf

Der IMF schätzt Griechenlands Banken schwächer ein als die Griechen

cri. · Die griechischen Banken benötigen zwischen 6,4 Mrd. und 9,4 Mrd. € frisches Kapital. Das hat ein Stresstest ergeben, den das Beratungsunternehmen Blackrock im Auftrag der griechischen Zentralbank 2013 durchgeführt hat.

Anhand eines optimistischen und eines adversen Szenarios wurde überprüft, wie widerstandsfähig die Bilanzen der systemisch bedeutenden Nationalbank, der Piraeus Bank, der Eurobank, der Alpha Bank sowie der Attica und Panellinia Bank gegen externe Schocks wären, nachdem sie schon 2013 teilweise hatten rekapitalisiert werden müssen. Bis Mitte April sollen die Institute Pläne vorlegen, wie ihre Kapitalbasis verbessert werden kann. Die Piraeus Bank hat bereits angekündigt, am 28. März auf einer ausserordentlichen Generalversammlung die Ausgabe neu-

er Wertpapiere im Wert von bis zu 1,75 Mrd. € zu beschliessen, die Alpha Bank dürfte in Kürze nachziehen. Blackrock ortet bei der National Bank und vor allem bei der Eurobank die grössten Kapitallücken. Letztere würde im schlechtesten Fall bis zu 5 Mrd. € an frischem Geld brauchen.

Während die griechische Zentralbank von einem Kapitalbedarf am unteren Ende der von Blackrock eruierten Spanne ausgeht, rechnet der Internationale Währungsfonds (IMF) mit einem hohen Kapitalbedarf. Die Zentralbank will ihre Methoden und ihre Berechnungen nun der Öffentlichkeit bekanntgeben, um den IMF zu brüskieren. Die Uneinigkeit innerhalb der Troika kann dazu führen, dass Kredite nicht freigegeben werden, auf die das Land angewiesen ist.

Immer weniger Pensionskassen in der Schweiz

Hohe Kosten durch Regulierungen und Suche nach Sicherheit

Neben dem immer höheren Aufwand gilt die Angst von Arbeitgebern vor teuren Sanierungen als Grund für die sinkende Zahl an Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz. Der Konzentrations-trend dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Michael Ferber

Die Zahl der Schweizer Pensionskassen schrumpft. Gemäss im Februar veröffentlichten Kennzahlen des Statistischen Bundesamts zur beruflichen Vorsorge gab es per Ende 2012 noch 2073 Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz, 2006 waren es noch 2669. Gleichzeitig stieg die Zahl der aktiven Versicherten im selben Zeitraum von 3,43 Mio. auf 3,86 Mio. Der Trend hält schon länger an. Wie Berechnungen der Denkfabrik Avenir Suisse zeigen, ist die Zahl der Pensionskassen seit 1998 im Durchschnitt um 4,2% pro Jahr gefallen. Besonders stark war der Rückgang in den vergangenen Jahren bei kleineren Vorsorgeeinrichtungen mit weniger als 100 Versicherten (vgl. Grafik). Die Zahl der grösseren Pensionskassen mit mehr als 1000 Versicherten stieg hingegen sogar mit durchschnittlich 1,5% pro Jahr.

Grosse Kassen dominieren

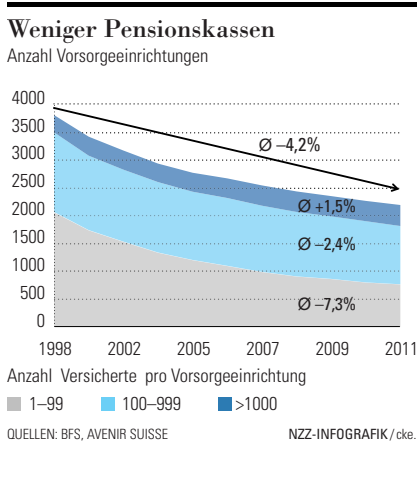
Dass die Konzentration immer stärker in Gang kommt, zeigt auch eine Statistik der Anlagegesellschaft Swisscanto, die diese bei einem Pensionskassen-Anlass im vergangenen Jahr präsentierte. Gemäss dieser liegen bereits 86% der Vermögen von Schweizer Vorsorgeeinrichtungen in «grossen» Kassen mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 1 Mrd. Fr.

Fachleute haben mehrere Erklärungen für den Trend. Laut Peter Zanella und Ljudmila Bertschi von der Beratungsgesellschaft Towers Watson sorgt die immer grössere Regulierungslast dafür, dass Arbeitgeber ihre Pensionskassen zumachten und sich Sammeleinrichtungen, Verbandslösungen oder Gemeinschaftsstiftungen anschlossen. Als Beispiel nennen sie die Strukturreform des Gesetzes zur beruflichen Vorsorge (BVG-Strukturreform). Solche Regulierungen machten es vor allem für kleine und mittelgrosse Unternehmen (KMU) immer unattraktiver, eigene Pensionskassen zu betreiben.

Lorbeeren als Stiftungsrat?

Auch Jérôme Cosandey vom Think-Tank Avenir Suisse spricht von einer «unschönen Bereinigung» bei den Vorsorgeeinrichtungen. Die Branchenkonsolidierung sei keine Folge eines gesunden Wettbewerbs, sondern die Konsequenz einer zunehmenden Regulierung, die kleine Kassen «erwürge». Angesichts der hohen Fixkosten sei es schwierig geworden, Pensionskassen mit weniger als 300 Versicherten zu betreiben. Ausserdem sei durch die BVG-Strukturreform die Verantwortung der Stiftungsräte gestiegen. Mehr und mehr setze sich bei Arbeitnehmern die Sichtweise durch, als Stiftungsrat könne man heutzutage nur noch wenig Lorbeeren gewinnen. Entsprechend schwer täten sich viele Unternehmen damit, gut qualifizierte Arbeitnehmer-Vertreter für den Pensionskassen-Stiftungsrat zu gewinnen.

Gemäss Branchenexperten ist ein weiterer Grund für den Rückgang der Zahl der Vorsorgeeinrichtungen darin zu finden, dass Arbeitgeber ihre Risiken zunehmend begrenzen. Die Finanz- und Schuldenkrise sowie die extrem niedrigen Zinsen machen die Vermögensverwaltung sehr schwierig. Nach zwei guten Aktienjahren 2012 und 2013 haben die Schweizer Pensionskassen zwar ihre finanzielle Lage verbessert, die Leistungsversprechen bleiben aber zu hoch. So droht die Gefahr, dass viele Arbeitgeber ihre Vorsorgeeinrichtungen in schwierigeren Zeiten sanieren müssen.



Nicht wenige Unternehmen, vor allem kleinere, entledigen sich dieses Risikos lieber heute als morgen.

Profiteure des Trends

Von dem Trend hin zur Auslagerung von Risiken profitieren unter anderem Lebensversicherungen. Axa Winterthur und Swiss Life beispielsweise sind im Geschäft mit der beruflichen Vorsorge in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Swiss Life gab bei der Präsentation des Jahresabschlusses 2013 Ende Februar dieses Jahres an, im Bereich Unternehmenskunden sei die Vollversicherung in der beruflichen Vorsorge von Schweizer KMU weiter stark nachgefragt worden. Im BVG-Geschäft stiegen die Prämieinnahmen von Swiss Life Schweiz im Jahr 2013 um 13% auf 76 Mrd. Fr.

Wenige Tage zuvor hatte die Wettbewerberin Axa Winterthur ihr Jahresergebnis veröffentlicht. Bei ihr stiegen die eingenommenen Bruttoprämien im Kollektivleben-Geschäft 2013 um 9,5% auf 7,4 Mrd. Fr. Im Neugeschäft habe Axa Winterthur mit ihren Vollversicherungs- und teilautonomen Vorsorgemodellen ein Wachstum von fast 25% erzielt, hiess es in einem Communiqué. Die Nachfrage nach Vollversicherungslösungen sei weiterhin sehr hoch. Gerade für KMU hätten diese einen hohen Stellenwert, da das Bedürfnis nach Sicherheit dort besonders hoch sei, teilte der Versicherer mit.

Mögliche Gefahren

Gemäss Branchenexperten waren unter den in den vergangenen Jahren «verschwundenen» Vorsorgeeinrichtungen auch einige Kleinstgebilde, die wenig professionell verwaltet wurden. Zudem bringt die Konzentration gewisse Grössenvorteile, beispielsweise bei den Kosten der Vermögensverwaltung. Allerdings geht die Vielfalt in der beruflichen Vorsorge zunehmend verloren.

Zanella und Bertschi sehen ausserdem die Gefahr, dass Versicherungen und Sammeleinrichtungen in Zukunft solch hohe Summen an Vorsorgegeldern verwalten, dass dies Machtmissbrauch ermöglichen und ein «Too big to fail»-Problem entstehen könnte. Gleichzeitig könne die Haltung von Unternehmern, sie wollten mit der beruflichen Vorsorge «nichts zu tun haben», trügerisch sein. Ein gewisser Verwaltungsaufwand bleibe auch nach einer Auslagerung. Zudem sei damit zu rechnen, dass eine solche zulasten der Rendite der Versicherten gehe. Diese müssten sich in vielen Fällen auf eine sehr geringe Verzinsung ihrer Vorsorgegelder gefasst machen. Eine gewisse Notwendigkeit zur Schaffung grösserer Anlage-Gefässe sehen die Towers-Watson-Berater. Ab einer Firmengrösse von 200 bis 300 Mitarbeitenden sollten Unternehmen sich aber auch der Vorteile einer firmeneigenen Pensionskasse bewusst sein.

Unterdessen ist auch in anderen Ländern ein Trend hin zu weniger Vorsorgeeinrichtungen zu beobachten. Gemäss der Beratungsgesellschaft Cerulli gab es beispielsweise in den Niederlanden, die ebenfalls eine lange Tradition in der beruflichen Vorsorge haben, 2012 insgesamt 672 Vorsorgeeinrichtungen. Im Jahr 2008 waren es noch 908.